



Pro und Kontra

Sollen Wahlfranchisen abgeschafft werden?

Der Bundesrat will das Prämien-system vereinfachen und schlägt vor, die Franchisen von 1000 und 2000 Franken für Erwachsene zu streichen. Ist diese Anpassung hilfreich oder schwächt sie die Eigenverantwortung der Versicherten? SP-Nationalrat Jean-François Steiert begrüsst den Vorstoss des Bundesamts für Gesundheit (BAG), denn Kranke würden heute die zu hohen Rabatte der Gesunden bezahlen. Gegen die Abschaffung ist FDP-Ständerat Joachim Eder. Er befürwortet vielmehr eine Erhöhung der Minimalfranchise.



JEAN-FRANÇOIS STEIERT
Nationalrat SP, Kanton Freiburg
Vizepräsident des Dachverbandes
schweizerischer Patientenstellen

Der Schweizer Krankenversicherte bezahlt europaweit einen der höchsten Anteile der Gesundheitskosten aus dem eigenen Portemonnaie. Trotzdem zählen die Schweizer Gesundheitskosten international zu den höchsten. Das gilt auch zwischen den Kantonen: Wo die durchschnittlichen Franchisen hoch sind, liegen die Kosten über dem Landesdurchschnitt. Fazit: Zumindest in Systemen mit hoher privater Finanzierung bringen zusätzliche Belastungen der Patientinnen und Patienten keine Einsparungen. Das hindert rechte Politiker und Experten nicht, das Gegenteil zu behaupten und eine Erhöhung der Franchisen auf bis

zu 3000 Franken pro Jahr und Patient zu verlangen. Statt Geld zu sparen, würden so einfach Lasten auf die Patienten verschoben und Untertherapiierungen in Kauf genommen.

Auf diesem Hintergrund sind die bundesrätlichen Vorschläge zur Vereinfachung der Franchisen zu begrüßen: Erstens: Die Aufhebung der Zwischenfranchisen von 1000 und 2000 Franken – die für die meisten Versicherten sowieso nachteilig sind – vereinfacht die für viele komplizierte Wahl der besten Franchise. Das individuelle Optimum liegt bereits heute fast immer in den verbleibenden Franchisen von 300, 500, 1500 oder 2500 Franken.

Zweitens: Die Rabatte für Wahlfranchisen übertreffen heute oft die risikobereinigten Einsparungen. Das heisst: Kranke zahlen mit überhöhten Prämien die zu hohen Rabatte der Gesunden. Dass der Bundesrat dies korrigiert, ist einfach nur normal. Richtig ist: Die Prämien der jungen Erwachsenen sind heute viel zu hoch. Sie sollen aber nicht auf dem Rücken der Kranken gesenkt werden, sondern mit der Korrektur des Risikoausgleichs, wie dies momentan in Vernehmlassung ist.